

# Die Stimme

## Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Der Bezugspreis der „Stimme“ beträgt für In- u. Auslands-  
besteller 1 Goldmark monatlich  
Redakt., Exped. u. Verl.: Charlottenburg, Traubstr. (Neubau).  
• Fernrufnummern: Berlin Amt Wilhelm 4932 und 8849. •

Immer strebe zum Ganzen und laß dich nicht vom Ganzen trennen  
\*\*\*\*\* Als dienendes Glied stehst du ein Ganzes dich an \*\*\*\*\*

Inserate: Die 6spalt. Petitzeile wird mit 0,20 Goldmark für  
Geschäfts- und mit 0,10 Goldmark für Arbeitsmarktanzeigen  
berechnet. Für arbeitstuchende Mitgl. ist der Arbeitsmarkt frei.  
Postcheckkonto: 9308 Berlin, W. Herden, Charlottenburg.

### Die dreifache Absatzkrise.

Seit Monaten werden die europäischen und außereuro-  
päischen Märkte wieder von heftigen Krisen erschüttert. Der  
Charakter dieser Krisen als einer Absatzkrise ist klar erkannt.  
Man redet angesichts dieser Absatzkrise von dem „großen Gesetz  
von Angebot und Nachfrage“, vom natürlichen „Wechsel von  
Konjunktur und Depression“. So heißt es immer, wenn die  
Lager nicht veräußert sind, wenn die Arbeiter entlassen und  
die Weiterarbeitenden genötigt werden, zu niedrigen Löhnen  
zu arbeiten. Sind diese Gesetze wirklich „natürliche Gesetze“?  
Mit es Naturgesetzen zuzuschreiben, wenn plötzlich die Textil-  
arbeiter feiern müssen, während Millionen Bedürfnis nach  
ihren Produkten haben?

Keine Produktion ist von Naturbedingungen unab-  
hängig. Diese bestehen zunächst in dem Wechsel der Ernten  
und in der Veränderung natürlicher Produktions-  
verhältnisse. Die natürlichen Bedingungen werden  
um so größeren Einfluß haben, je mehr die Produktion eines  
Landes in der Landwirtschaft und in der Urproduktion wurzelt.  
Eine Missernte schwächt die Kaufkraft der wirtschaftlichen  
Masse. Je größer die Missernte und je geringer das Gebiet der  
Missernte, um so schwerer werden die Folgen für die be-  
troffenen landwirtschaftlichen Gebiete sein. Sie sind nicht in der  
Lage, den Ernteeinfall durch Preissteigerungen wettzumachen.  
Daher sinkt die Kaufkraft dieser landwirtschaftlichen Gebiete; sie  
können weniger oder gar keine Industrieprodukte kaufen, müssen  
ihre Betriebe vernachlässigen usw. Das wird aber nicht nur  
ein Nachteil für die Landwirtschaft sein; denn als Folge  
der Missernte wird auch eine Absatzkrise in der Industrie  
auftreten. Diese Absatzkrise schlägt aber wieder in  
Arbeiterentlassungen um. Dadurch, daß gewisse industrielle und  
landwirtschaftliche Gebiete katastrophal getroffen werden, wirken  
die Störungen auf die ganze Volkswirtschaft weiter.

Es ist also richtig, daß bis zu hohem Grade Störungen  
des Arbeitsmarktes infolge „natürlicher Verhältnisse“ eintreten  
können. Auch in einer sozialistisch geleiteten Wirtschaft wäre  
das der Fall, allerdings mit einem sehr erheblichen Unterschied.  
In der sozialistischen Wirtschaft würde eine schlechte Ernte nicht  
die Gütererzeugung in der Industrie beeinträchtigen. Es  
könnten ebensowenig Textilprodukte, Maschinen usw. hergestellt  
werden, da ja einerseits das Bedürfnis danach und andererseits  
die Arbeitskräfte, Rohstoffe usw. ebenso wie bisher vorhanden  
wären. Es brauchte also die Versorgung der Bevölkerung  
mit Industrieprodukten aller Art nicht eingeschränkt zu werden.  
Gingegen könnte natürlich die Ernährung der Bevölkerung  
nicht so reichlich sein wie bisher. Die geringere Ergiebigkeit  
der menschlichen Arbeit im Ackerbau müßte sich geltend machen,  
aber eben nur für die Ernährung. Heute aber wirkt die Mis-  
sernte wie eine ansteckende Krankheit auf die ganze Produktion;  
in der kapitalistischen Wirtschaft ruft also eine Missernte in der  
Landwirtschaft gleichsam auch eine „Missernte in der Industrie“  
hervor, deren „Felder“ gleichfalls „verdorren“. So führt die  
Mechanik der kapitalistischen Gesellschaft dazu, daß auch die in  
den natürlichen Bedingungen gegebenen Schwankungen der Ver-  
sorgung erstens verstärkt werden und zweitens sich bestimmten  
Einkommensschichten, namentlich den Schichten mit festem Ein-  
kommen, besonders fühlbar machen.

Insoweit können wir also von einer „natürlichen“ Absatz-  
krise sprechen, die infolge der ziemlich ungünstigen Weltverhältnisse  
dieses Jahres sich leider auch in der Wirklichkeit zeigen wird.

Die Absatzkrisen, worunter wir aber gegenwärtig leiden,  
sind aber anderer Natur. Sie sind keineswegs „natürlich“. Wir  
müssen zwei Hauptgruppen der Absatzkrisen einander gegenüber-  
stellen. Beide führen zur Absatzkrise, jedoch auf andere  
Weise, und der Grad der Unmittelbarkeit für die Heraus-  
scheidung der Absatzkrise ist bei ihnen sehr verschieden.

Es gibt Krisen, welche auf eine unzureichende, zu rasche  
Entwicklung einzelner Produktionszweige zurückzuführen sind.  
Man spricht dann von einer Disproportionalität (Mißver-  
hältnis) der Produktion. Zum Beispiel hat sich die Eisen-  
industrie sehr rasch entwickelt, weil Bahnen gebaut, Fabriken  
gegründet werden usw., was alles großen Eisenkonsum bedeutet.  
Nach Erreichung eines Sättigungsgrades nimmt der Beschäfti-  
gungsgrad der Industrie ab. Auch Export ist nur in geringem  
Maße möglich, weil dieselben Erzeugnisse sich in anderen  
Ländern zeigen. Es muß also die Eisenindustrie eingeschränkt  
werden. Dadurch sinkt auch die Nachfrage der Arbeiter, An-  
gestellten und Unternehmer in der Eisenindustrie. Dies bringt  
eine Verpflanzung der Krise in andere Industrien mit sich. In  
eine solche Lage, ähnlich den Verhältnissen infolge der Ueber-  
entwicklung der Eisenindustrie in Europa und Nordamerika, ge-  
rieten viele Volkswirtschaften durch den Krieg. Denn während  
des Krieges wurden viele „nationale Industrien“ aufgebaut —  
Rüstungsindustrie, Farben-, chemische Industrie — deren Absatz  
nun nach Wegfall der Seereschiffungen schwer aufrechtzuer-  
halten ist. Der Zug zu verstärktem Schuß, der Kampf gegen  
den Freihandel ist auch auf diese Umstände zurückzuführen. Hier  
liegt zum Teil eine durch das Mißverhältnis verursachte Krise  
vor, und alle davon betroffenen Industrien rufen die Hilfe des  
Staates an, um durch Zollschutz und Einfuhrverbote einen,  
wenngleich verkleinerten Absatz zu profitablen Preisen auf dem  
inneren Markt unterbringen zu können. Ganz anderer Art ist  
die Krise, bei welcher die Ursache nicht in einer falschen Ver-  
teilung des Kapitals auf die einzelnen Produktionszweige,  
sondern darin liegt, daß die Kaufkraft in der ganzen Volkswirtschaft  
nicht angemessen verteilt ist. Es ist die Eigen-  
tümlichkeit der kapitalistischen Produktion, auf welche schon  
Marx hinwies, daß sie die Warenerzeugung glänzend  
organisiert, aber nichts dafür tut, um den Produkten Absatz zu  
schaffen. Im Gegenteil, in ihrer Mechanik liegt es, daß sie  
sich selbst den Markt abgräbt. Ganz kurz und ver-  
kürzt dargestellt in folgender Weise: Wenn der Absatz einer In-  
dustrie sinkt, so wird der Unternehmer trachten, die Lage durch  
Senkung der Preise wieder herzustellen. Die Preise kann er  
aber nur herabsenken, wenn er seine Kosten vermindert. Unter  
den Kosten wird er in erster Linie die Löhne zu ermäßigen  
trachten. Indem er aber die Löhne herabsenkt, nützt er sich  
nur schenbar. Um das nämlich alle Unternehmer in der

Krise, so verlieren sie mehr, als sie gewinnen. Denn die  
Reduktion der Löhne ruiniert den Markt. Wenn nun  
die Krise schon als Folge zu niedriger Löhne, das heißt zu ge-  
ringer Kaufkraft der Arbeiterschaft entstanden ist, so werden die  
Unternehmer in Unkenntnis über die Gesetze der allgemeinen  
Lage und in der Beherrschung zunächst eine Herabsetzung der  
Löhne erstreben, und die Arbeiter werden nicht instande sein,  
diese abzuwehren. Indem die Unternehmer die  
Krise zu bekämpfen glauben, verschärfen sie  
sie. Das ist die wahre „Ueberproduktionskrise“, welche mit  
Recht von den Nationalökonomien als „Antikonjunktionstrise“  
bezeichnet wurde; allerdings ist das Wort in einem anderen  
Sinne zu verstehen: die Arbeiter können nicht genug konsum-  
mieren, und die einzige Hilfe in solch einer Krise wäre: die  
Löhne zu steigern, also die Profite zu vermindern und dadurch  
den toten Punkt der Krise zu überwinden, was ja dann auch,  
wenn gleich erst auf Umwegen, durch das „freie Spiel der Kräfte“  
erfolgt.

### Achtstundentag-Volksentscheid.

Die Gewerkschaften bleiben in Vereinskraft  
Die Berner Konferenz der Arbeitsminister Deutschlands, Frank-  
reichs, Belgiens und Großbritanniens hat die internationalen Vor-  
aussetzungen für eine gemeinsame Ratifizierung des Washingtoner  
Abkommens durch die wichtigsten Industrieländer Europas geklärt.

Nachdem die Ministerkonferenz die abweichenden Auffassungen  
der Regierungen über die Auslegung einzelner Bestimmungen des  
Washingtoner Abkommens festgestellt hat, wird sich der deutsche  
Reichstag schnellstens mit der Schaffung eines dem Washingtoner  
Abkommen entsprechenden Arbeitszeitgesetzes und der  
Ratifizierung des Abkommens beschäftigen müssen.

Angesichts der bisher bekannt gewordenen Auffassung der  
Reichsregierung zur Arbeitszeit und des ungeklärten Drängens der  
deutschen Arbeitgeberverbände nach Verlängerung der Arbeitszeit  
ist jedoch das Schicksal eines deutschen Arbeitszeitgesetzes, das den  
Bestimmungen des Washingtoner Abkommens entspricht, zweifel-  
haft. Ungewiß ist auch die Stellung des Deutschen Reiches zur  
Ratifikation des Abkommens.

Die Gewerkschaften haben den Volksentscheid  
über die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens vor-  
bereitet. Da der Volksentscheid sofort durchzuführen ist, wenn der  
Reichstag bei der Schaffung der Gesetze verzagt, müssen die bereits  
eingeleiteten Geldsammlungen zur Deckung der erheb-  
lichen Kosten des Volksentscheides mit der größten Beschleunigung  
fortgesetzt und durchgeführt werden.

Kein Arbeiter, Angestellter, Beamter darf sich der Pflicht ent-  
ziehen, seinen Beitrag für die Finanzierung des Volksentscheides zu  
leisten. Für die deutschen Arbeitnehmer ist der Kampf um den  
Achtstundentag gleichzeitig der Sicherung einer sozial gerechten Ver-  
teilung der Reparationslasten. Darüber hinaus kämpfen die deutschen  
und die ausländischen Gewerkschaften gemeinsam für den kulturellen  
Anstieg der Arbeiter, Angestellten und Beamten der Welt.

- Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund.  
Großmann.
- Allgemeiner Angestelltenbund.  
Anhäuser und Stehr.
- Allgemeiner Deutscher Beamtenbund.  
Falkenberg.

In allen diesen Krisen des Kapitalismus spielen berart  
beide Momente zusammen mit: falsche Verteilung in den Pro-  
duktionsphären und falsche Verteilung der Kaufkraft. Es sind  
eben, wenn man diesen Ausdruck gebrauchen will, die Absatz-  
wege für erweiterte Produktion noch nicht eröffnet und so stauen  
sich die Vorräte an.

Nun hat aber der Kapitalismus doch versucht, sich selbst  
zu organisieren. Die Produzenten schließen sich zu Verbänden  
zusammen und sorgen bereits in der Konjunkturerentwicklung da-  
für, daß die Erzeugung sich nicht „zu rasch“ ausdehnt. Das  
heißt: die Produkte der Industrie könnten freilich alle ver-  
braucht werden, aber die Ausdehnung war zu rasch mit Rück-  
sicht auf die Aufnahmefähigkeit des Marktes. Die Kartelle  
„zügeln“ also etwas die Produktion. Aber indem sie die Kon-  
junktur droffeln, hemmen sie auch die Entwicklung der Löhne.  
Es wird also einseitig der Markt nicht in dem Maße über-  
füllt, als es bei freier Konkurrenz der Fall wäre; auch die  
Aufnahmefähigkeit des Marktes, die mit der Ausdehnung der  
Produktion bis zu einem gewissen Grade steigt, wird vermindert.  
Dazu kommt noch ein zweites: jede Unternehmung, und  
mit besonderem Erfolg die Kartelle trachten nach Verminderung  
der Kosten, wenn der Absatz sinkt. Sie suchen daher die Löhne  
zu vermindern. Gleichzeitig wird auch, infolge Verminderung  
der Staatseinnahmen bei sinkender Konjunktur, die Tendenz  
vorhanden sein, im Budget, in den Sachausgaben und Gehältern  
Ersparnisse zu erzielen. Jeder Produzent würde zwar wünschen,  
daß sein Abnehmer in den Absatzkosten kaufkräftiger würde,  
aber er, und auch das Kartell, wird nicht dadurch sein Ziel er-  
reichen, daß er selbst mit Lohnerhöhungen vorangeht. Denn  
das bedeutet ja für ihn Verringerung seines Profits, unter Um-  
ständen sogar Verluste. Volkswirtschaftlich gesprochen wäre es  
in einer solchen Zeit notwendig, daß vom Sozialprodukt ein  
großer Teil konsumiert würde, um die Produktion in Gang zu  
erhalten. Und privatwirtschaftlich wird jeder Erzeuger in  
seinem Betrieb Maßnahmen treffen, welche das Gegenteil be-  
wirken. Volkswirtschaftlich wäre es notwendig, daß die Ge-  
winnräte in dieser Zeit rasch sinken, eine Vorbedingung für die  
spätere Steigerung. Privatwirtschaftlich muß sich jeder Erzeuger  
dieser Tendenz entgegenstellen. Die volkswirtschaftlichen Ge-  
setze kehren sich jetzt auch gegen den Erzeuger, dem die Waren  
liegen bleiben. Er geht vielleicht zugrunde, und die „Hunger-  
kur“, welche das Kapital durchmachen muß, um zu günstigeren  
Zeiten zu gelangen, bleibt ihm also nicht erspart, so sehr er

sich dagegen wehrt. Leider zwingt er auch den Konsumenten  
eine noch größere Hungerkur auf.  
Dieser Widerspruch zwischen Erzeugung und Verbrauch,  
dieser Krisenherd ist in der Bewegung der kapitalistischen Wirt-  
schaft begründet und selbst durch Kartellierung nicht aufzuheben.  
Denn jedes Kartell wird in dieser Hinsicht genau so handeln  
wie der einzelne Produzent. Die Weltwirtschaftskrise zeigt  
deutlich diesen Zug in ihrem Wirbel, trotz aller Kartellierungen  
und Kombinationen, welche zwar die Gütererzeugung zweck-  
mäßiger gestalten haben, ohne den hier erörterten Widerspruch  
aus der Welt schaffen zu können.

Und — leider — nicht nur das Kapital, auch die Kon-  
sumenten stehen vor einer neuen „Hungerkur“. Nur  
wenn man sich den fast unausdenkbaren Plan vorstellt, daß die  
ganze Produktion eines Landes, mehr noch: die Produktion der  
ganzen Welt einheitlich organisiert würde, könnte die zentrale  
Lenkung der Gütererzeugung eine stetige Harmonie zwischen  
Produktion und Verbrauch herstellen. Aber das wäre über-  
haupt nicht mehr eine Produktion für einen Markt, und eine  
solche zentral geleitete und angeordnete Gütererzeugung müßte  
in einer Volkswirtschaft mit klassenbewußter Arbeiterschaft fast  
automatisch in eine sozialistische Bedarfswirtschaft umschlagen.  
—r.

### Gegen die kurzen Arbeitspausen.

In den letzten Jahren ist von der Arbeiterschaft recht häufig  
als ein Mittel zur Verkürzung des Arbeitstages die Verkür-  
zung der Pausen betrachtet worden und zur Anwendung ge-  
kommen. Während in der Vorkriegszeit in kleineren Städten  
und in ländlichen Gegenden eine zweistündige oder anderthalb-  
stündige Mittagspause und in den größeren Städten die ein-  
stündige Mittagspause fast allgemein üblich war, ist jetzt eine  
halbstündige Pause für die Mehrzahl der Betriebe die Regel.  
Einige Betriebe haben sich sogar schon um behördliche Zulassung  
einer noch kürzeren Pause bemüht.

Eine mindestens einmalige Unterbrechung der Arbeit am  
Tage durch eine Pause ist notwendig, allein schon zur Einnahme  
einer Mahlzeit. Nicht jede Arbeit gestattet das Essen so neben-  
her. Bei einer sehr großen Reihe von Arbeiten ist das Essen  
während der Arbeit auch mit großen Gesundheitsgefahren ver-  
bunden. Vergiftungen und Erkrankungen durch Bleiweiß, Blei,  
Quecksilber, Terpentin, Dole und zahlreiche andere ge-  
sundheitlich gefährliche Stoffe, die im Arbeitsprozeß  
verwendet werden, beim Bearbeiten von Fellen und Häuten  
usw., die nicht selten zur völligen Erwerbsunfähigkeit und sogar  
zum Tode geführt haben, sind häufig darauf zurückzuführen,  
daß Arbeiter und Arbeiterinnen bei der Arbeit gegessen haben.

Diese traurigen Erfahrungen haben erheblich dazu beige-  
tragen, Pausen zur Einnahme der Mahlzeiten einzuführen,  
Wachgelegenheiten und auch besondere Eräume zu schaffen,  
damit die Arbeiter sich säubern können und nicht Gefahr laufen,  
mit den Händen oder durch den Arbeitstisch schädliche Stoffe  
den Schwestern und mit diesen dem Körper zu übertragen.

Die Arbeiterschaft hat durch ihre Organisationen energisch  
für Arbeitspausen und Eräume kämpfen müssen. Sie hat  
dabei Unterstützung gefunden und ist oftmals dazu erst ange-  
regt worden durch interessierte Gewerkschaftsbeamte und  
durch Männer und Frauen der Wissenschaft.

Eine Unterbrechung der Arbeit für eine bestimmte Zeit am  
Tage ist aber nicht nur zur Einnahme einer Mahlzeit not-  
wendig, sondern auch, um den Körper — wenn auch nur für  
kurze Zeit — ausruhen zu lassen und um, wenn möglich,  
in dieser Zeit andere Luft zu atmen.

Bei längerer Arbeitszeit reichen die Kräfte für ununter-  
brochene oder nur durch kurze Pausen unterbrochene Arbeit  
nicht aus. Das spürt freilich nicht jeder Arbeiter und jede  
Arbeiterin in gleichem Maße, und vor allen Dingen nicht immer  
in jungen Jahren. Es liegen aber zahlreiche Beweise dafür  
vor, daß eine bestimmte Ruhezeit am Tage aus Gesundheits-  
rückgründen notwendig ist. Diese Beweise liefern vor allen Dingen  
die Unfallstatistiken. Die Zahl der Unfälle steigt mit der Ar-  
beitsdauer. Sie ist am geringsten bei Beginn der Arbeit am  
Morgen und nach den Pausen, und am häufigsten vor Eintritt  
des Arbeitsschlusses.

Diese Feststellungen in Verbindung mit den Ergebnissen  
ärztlicher Untersuchungen haben zur gezielten Festlegung der  
mindestens einstündigen Mittagspause durch die  
1891 in Kraft getretenen Bestimmungen des Ar-  
beiterinnen- und Jugendschutzgesetzes geführt. Für  
erwachsene männliche Arbeitskräfte waren in der Vor-  
kriegszeit in der Regel gesetzliche Pausen und eine gesetzliche  
Begrenzung des Arbeitstages nicht vorgesehen. In der Praxis  
waren aber für diese fast ausnahmslos die Pausen die gleichen,  
wie für die Frauen, und es bestanden abweichende Pausen nur  
für jugendliche Arbeitskräfte unter 16 Jahren.

Die Einführung der einstündigen Mittagspause wurde  
seinerzeit von der Arbeiterschaft nicht selten bekämpft, zum min-  
desten nicht begrüßt. Nachdem die zwölf- und dreizehnstündige  
Arbeitszeit durch die Erfolge gewerkschaftlicher Organisation der  
elf- und zehn- und sogar achtstündigen Arbeitszeit gewichen  
war, hatte sich vielfach die halbstündige Mittagspause eingeführt,  
neben der allerdings meist noch eine viertelstündige Frühstücks-  
pause und manchmal auch noch eine gleiche Vesperpause bestand.  
Die Verlängerung der Mittagspause im Jahre 1921 um eine  
halbe Stunde bedeutete also für zahlreiche Männer und Frauen  
eine Verlängerung der Zeit, die sie im Betriebe zubringen muß-  
ten. Sie war freilich oft genug Anlaß, für verkürzte Arbeits-  
zeit einzutreten und zu kämpfen. Mit der fortschreitenden Ver-  
kürzung der Arbeitszeit durch die Gewerkschaften fiel aber in  
der Regel die Vesperpause fort, während die Frühstückspause  
beibehalten wurde.

Für jugendliche Arbeitskräfte unter 16 Jahren war übri-  
gens in der Vorkriegszeit eine nur halbstündige Pause bei höch-  
stens sechsstündiger Arbeitszeit erlaubt.

Während des Krieges konnten die Vorschriften für den Ar-  
beiterinnen- und Jugendschutz bekanntlich auf Antrag für vor-  
übergehende Zeit ausgeschaltet werden. Gegen Ende des Krie-  
ges dachte kaum noch ein Betrieb daran, sie innezuhalten, und

auch die Arbeiter und Arbeiterinnen hatten sie vielfach ver-

Nach der Revolution traten mit dem Achtstundentag auch Vorschriften in Kraft, die kürzere Rausen zuließen. Die zulässige halbstündige Mittagspause wurde bald die Regel. Für zahlreiche Betriebe und Betriebe mag diese Pause, bei achtstündiger Arbeitszeit, auch ausgereicht haben, obgleich von Gewerbebesitzern und anderen sachkundigen Personen auch damals oft genug auf die Gesundheitschädigungen hingewiesen worden ist, die mit der Zeit daraus erwachsen müssen, daß bei der in Deutschland üblichen Art, morgens nur etwas Kaffee und ein wenig Brot zu genießen, die Arbeitskräfte unter Umständen erst nach vier und mehr Stunden wieder zu einer Mahlzeit kommen, die übrigens für die Mehrzahl auch nur aus Brot besteht. Zahlreiche Männer und Frauen können übrigens gar nicht solange ohne Nahrung sein, und da bis zur Mittagspause eine andere Essenspause nicht vorhanden ist, essen sie eben während des Arbeitens.

Viele so gefährliche Ansätze bürgert sich immer mehr ein. Sie steigert sich mit der inzwischen eingetretenen Verlängerung des Arbeitstages. Gewerbeaufsichtsbeamte haben sogar schon Fälle festgestellt, wo überhaupt keine Pause am Tage gemacht wurde. In solchen Fällen muß während der Arbeit gegessen werden. Welche großen Gesundheitschädigungen daraus bei längerer Übung für die Arbeiterschaft erwachsen können und wieviel schon entstanden sind, ist gar nicht auszubedenken. Deshalb bemühen sich jetzt Gewerbeaufsichtsbeamte und andere sachverständige Persönlichkeiten, mit Hilfe der Gewerkschaften diese Gefahren dadurch zu beseitigen, daß Pausen, die der Arbeitszeit angemessen sind, eingeführt und innegehalten werden.

Die Durchführung dieser Absicht ist nicht leicht. Die männliche und weibliche Arbeiterschaft legt diesem Streben starken Widerstand entgegen. Die Arbeiter und Arbeiterinnen wollen möglichst frühzeitig aus den unzureichenden Arbeitsräumen heraus. Sie wollen auch frühzeitig heraus aus der Arbeitsstube; sie wollen die Zeit verlängern, wo sie Mensch sein können. Sie ist ohnehin, selbst im günstigsten Falle, nur kurz.

Die Arbeiter und Arbeiterinnen sollten sich zur Erreichung dieses Zieles aber eines anderen Mittels bedienen als der Verlängerung der Arbeitspausen, die zur längeren Erhaltung ihrer Arbeitsfähigkeit notwendig sind. Schon bei nur achtstündiger Arbeitszeit wird eine einmalige nur halbstündige Pause von zahlreichen Sachverständigen als nicht ausreichend angesehen. Bei längerer Arbeitszeit, wie sie jetzt vielfach wieder in Übung gekommen ist, steigern sich natürlich die Gefahren, die aus unzureichenden Pausen entstehen.

Die Arbeiterschaft muß mit ihrer Gesundheit und mit ihrer Arbeitskraft haushalten. Sie hat heute um so mehr Ursache, vorsichtig damit umzugehen, weil die Kriegsjahre, und die seit Beendigung des Krieges verfloßene Zeit für die Mehrzahl der unbemittelten Bevölkerung Jahre der Entbehrung und der Unterernährung gewesen sind.

Deshalb darf längere Freizeit nicht auf Kosten der Arbeitspausen erworben werden. Nicht einmal vorübergehend für die Zeit, wo infolge geschwächten gewerkschaftlichen Einflusses der Achtstundentag „abgebaut“ worden ist, sollte dieser Weg gegangen werden.

Soll längere Freizeit die körperliche und geistige Entwicklung ermöglichen, dann geht der Weg zu ihr einzig und allein über die Arbeitszeit, deren Dauer abhängt von dem Einfluß, den die Arbeiterschaft durch ihre Organisation gegenüber Unternehmern und Regierungen auszuüben in der Lage ist.

Gertrud Hanna

### Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten.

Die Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G., hat nunmehr mit dem 1. Oktober 1924 die Geschäfte aufgenommen.

Der Aufsichtsrat der neuen Bank besteht aus den Herren: Theodor Leipart, Vorsitzender des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, als Vorsitzenden; Siegfried Aufhäuser, Vorsitzender des AFD-Bundes, als stellvertretenden Vorsitzenden; Albert Falkenberg, Vorsitzender des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes; Siegfried Cöhler, Berlin; Dr. Rudolf Silberling, Reichsfinanzminister a. D.; Friedrich Husemann, Verband der Bergarbeiter Deutschlands (Wohnum); Hermann Krube, Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund; Emil Lehmann, Deutscher Holzarbeiterverband; Benno Marx, Allgemeiner Verband Deutscher Bankangestellter; Friedrich Paepow, Deutscher Baugewerksbund, Hamburg; Carl Köhler, Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, Hannover; Ernst Schäfer, Deutscher Metallarbeiterverband, Stuttgart; Bruno Schweinitz, Verband der Deutschen Buchdrucker; Ewald Schumann, Deutscher Verkehrsbund; Otto Urban, Zentralverband der Angestellten; Otto Rehms, Deutscher Textilarbeiterverband.

Die Aktionäre der neuen Gesellschaft sind sämtliche Verbände, die dem ADGB angeschlossen sind, sowie die Mehrzahl der dem AFD-Bund und dem Allgemeinen Deutschen Beamtenbund angeschlossenen Verbände.

Die Aktien lauten auf den Namen und sind nur mit Zustimmung des Aufsichtsrates übertragbar. Das volle eingezahlte Aktienkapital beträgt 700 000 Goldmark.

Trotz der schwierigen Verhältnisse im Jahre 1923 hat die Deutsche Kapitalwertungs-Gesellschaft m. b. H. nicht nur ihr geamt eingezahltes Goldkapital erhalten, sondern noch einen beträchtlichen Gewinn ausgeworfen. Die Entwicklung, die die Deutsche Kapitalwertungs-Gesellschaft m. b. H. im Jahre 1924 genommen hat, ist eine beruhigende, daß die Aussichten für die Entwicklung der neuen Aktienbank als außerordentlich günstig betrachtet werden können.

### Die sozialpolitischen Regierungsvorlagen.

Das Reichsarbeitsministerium hat dem Reichstag eine Anzahl sozialpolitischer Entwürfe vorgelegt, die sämtlich auf den Washingtoner Konventionen beruhen. Erst jetzt soll der Reichstag zu ihrer Ratifikation schreiten, und zwar empfiehlt die Regierung die Ratifikation eines „Nebereinkommens“ — aus sechs in Washington getroffenen, und außerdem von sechs „Vorschlägen“. Das Nebereinkommen (Konvention), das ratifiziert werden soll, behandelt die Arbeitslosigkeit und mag, der Regierung zur Pflicht, dem Internationalen Arbeitsamt in möglichst kurzen Zeiträumen, mindestens aber alle drei Monate, genaue statistische Angaben über die Arbeitslosigkeit zu machen. Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung mitzuteilen. Ferner ist ein System öffentlicher Arbeitsnachweiskstellen einzurichten, die unentgeltlich arbeiten. (Gegenwärtig werden diese Nachweiskstellen zum größten Teil von den Beträgen der Arbeiter als Arbeitgeber erhalten, indem ihre Kosten aus den Mitteln der Erwerbslosenversicherung gedeckt werden.) Wichtig ist die weitere Bestimmung des Nebereinkommens, demzufolge das Arbeitsamt im Zusammenhang mit den beteiligten Ländern auf ein planmäßiges Zusammenarbeiten der Arbeitsnachweise der einzelnen Länder hinzuwirken habe. Hier liegt ein Anreiz zur internationalen Regelung vor, der deshalb Beachtung verdient. Von den übrigen fünf Konventionen betrifft die wichtigste die achtstündige Arbeitszeit. Nach der Zustimmung der Reichsminister in Bern ist zu hoffen, daß endlich auch dieses Nebereinkommen ratifiziert wird. Damit können auch die drei anderen Nebereinkommen, die mit der Regelung der Ar-

beitszeit zusammenhängen und die Nacharbeit der Frauen und der Jugendlichen sowie das Mindestalter für die Zulassung der Kinder zur gewerblichen Arbeit betreffen, ebenfalls ratifiziert werden. Das sechste Nebereinkommen bezieht sich auf die Beschäftigung der Frauen vor und nach der Niederkunft. Die Regierung und der Reichstag haben trotz der Befürwortung des Reichswirtschaftsrates die Ratifizierung dieses Nebereinkommens nicht empfohlen.

Die sechs Entwürfe, die dem Parlament vorgelegt wurden, entsprechen den sechs „Vorschlägen“ der Washingtoner Konferenz. Von ihnen bringen nur drei wesentliche Neuerungen: die Vorschläge über die Arbeitslosigkeit, den Schutz der Jugendlichen und der Frauen gegen Bleivergiftung und die Schaffung eines öffentlichen Gesundheitsdienstes. In Bezug auf die Arbeitslosigkeit wird die Verteilung der öffentlichen Arbeiten möglichst in Zeiten der Arbeitslosigkeit empfohlen, eine Maßnahme, die in den Vereinigten Staaten in den letzten Jahren mit Erfolg durchgeführt wurde. Die gewerkschaftlichen Arbeitsnachweiskstellen sollen verboten werden; ein kurzer bestimmter Termin für die Schließung dieser schädlichen Institute ist bedauerlicherweise nicht vorgesehen. Anwerbungen von Arbeitergruppen in einem anderen Lande werden einer internationalen Regelung unterworfen. Der Schutz der Jugendlichen und der Frauen soll in der Weise weiter entwickelt werden, daß die Altersgrenze für die Jugendlichen von 16 auf 18 Jahre hinaufgehoben und daß künftig die Beschäftigung der Jugendlichen und der Frauen noch bei einer Anzahl weiterer, im einzelnen aufgezählter Arbeitsverrichtungen gesundheitschädigender Natur zu untersagen ist. Die Schaffung eines öffentlichen Gesundheitsdienstes soll die Aufstellung eines besonderen, mit dem Schutze der Gesundheit der Arbeiter betrauten öffentlichen Dienstes bedeuten, der neben der Gewerbeaufsicht tätig ist. Wichtig ausgeführt bedeutet dieser Vorschlag mehr als die Zuteilung einiger Gewerbeärzte an die deutsche Gewerbeaufsicht, was bereits früher erfolgte. Die übrigen drei Vorschläge betreffen die Gegenleistung in der Behandlung der ausländischen Arbeiter, die Verhütung des Milzbrandes und das Verbot der Verwendung von weikem Phosphor in der Zündholzindustrie. Der erste Vorschlag in Bezug auf die ausländischen Arbeiter bedeutet für die deutsche Praxis keine Neuerung, doch kann die Ratifikation für die deutschen Arbeiter im Ausland von Vorteil sein. Das Phosphorverbot ist bereits seit längerer Zeit in Gültigkeit. Die Erkrankung an Milzbrand kommt aber in der deutschen Textilindustrie sehr selten vor.

### Der deutsche Hochschutzzolltarif.

Die sozialpolitische Tagung in Stuttgart hat sich für die freihändlerische Richtung der Handelspolitik ausgesprochen. Die Agrarzölle wurden einmütig und selbst von früheren Verfechtern derselben, wie Professor Sering, für schädlich und sozial untragbar bezeichnet. Es wurde klar ausgesprochen, daß eine künstliche Verteuerung der Lebenshaltung durch wirtschaftspolitische Maßnahmen aus sozialen Gründen im Deutschland der Gegenwart ganz besonders bedenklich ist; darüber hinaus wird aber behauptet, daß der Agrarschutz die Lage der Landwirtschaft nicht verbessert, eher aber verschlimmern kann. Nach der einmütigen Feststellung des Kongresses steht die Schädlichkeit der Agrarschutzzölle für das gesamte Wirtschaftsleben außer jedem Zweifel. Wir müssen aber ebenotigt auch die hohen Industrie- und Schutzzölle bekämpfen, wenn wir, wie die Resolution verlangt, uns die Vorteile der internationalen Arbeitsteilung sichern und den freien Weltwirtschaftsaustausch in die Wege leiten wollen. Sämtliche Redner betonten, daß Zölle nur noch als Verhandlungsmittel zur Erreichung des Zollabbaues in den anderen Ländern aufgestellt werden dürfen. Hier aber liegt die Frage unseres Erachtens etwas ähnlich wie bei den Kriegsrüstungen. Immer hörten wir, man rüste sich nur, um den Frieden zu sichern, und um so besser ein Staat bewaffnet sei, desto sicherer werde ihm der Friede erhalten werden. Und wir haben, wohin diese Theorien geführt haben: die Staaten haben sich bewaffnet, bis die Kanonen von selbst löslagen. Ähnlich steht es mit dem Zolltarif als Verhandlungsmittel zur Sicherung des Zollabbaues anderer Länder: es besteht die Gefahr, daß wie die Generale der Armee die Rüstungen zum Krieg, so die Industriegeneräle den hohen Zolltarif für eigene Zwecke ausnützen und dadurch Glend im Innern, Handelskrieg nach außen hervorrufen. Eine Kunstprobe aus dem Entwurf des neuen deutschen Zolltarifs für Textilwaren bringt der englische „Manchester Guardian“. Demzufolge betragen die Textilzölle in Goldmark pro 100 Kilogramm:

|                | Vor dem Krieg | In neuen Entwurf |
|----------------|---------------|------------------|
| Baumwollgarn   | 6             | 12-35            |
| Baumwollstoffe | 30            | 100-180          |
| Handschuhe     | 160           | 240              |
| Wollene Stoffe | 135           | 300              |
| Lackentücher   | 160           | 240-440          |
| Reinen         | 14            | 30-130           |
| Kunstseide     | 31            | 90               |
| Seidentüll     | 4800          | 9800             |
| Spitze         | 3200          | 9600             |

Werden auch diese ungeheuren Zollsätze, die eine Verbilligung der hohen Vorkriegszölle bedeuten, durch Handelsverträge gegenüber einzelnen Ländern ermäßigt, so schwingt dennoch bei der Aufstellung der Zollsätze die Absicht mit, den Zoll für jeden Fall hoch zu halten, beziehungsweise zu erhöhen. Im Verein für Sozialpolitik wurde betont, daß die Einleitung der Freihandelsära gegenüber der Hochschutzzolltarif der übrigen Welt Deutschlands historische Aufgabe sei. Dieser Zielsetzung können wir voll und ganz zustimmen; die Regierung hat aber dazu einen schlechten Anfang gemacht.

### Die Lage des Arbeitsmarktes.

Die umfangreichen Meldungen im „Reichsarbeitsblatt“ über den Beschäftigungsgrad bis 10. Sept. enthalten für den Monat August den Anfang September ein tröstliches Bild, welches nur durch wenige Lichtpunkte erhellt wird. Die Kurve der Beschäftigung über all vorherrschend. Anfang September zeigte sich in der Industriezweigen eine Belebung, wobei besonders die Preisermäßigung und die Lage der Vorräte mitspielten. Infolge der Absicht sind die Lager zumeist noch gefüllt und werden nicht erneuert. Die Erleichterung des Geldmarktes brachte auch noch keine sichtbare Besserung der Beschäftigung. Die hohen Frachtsätze und die Preisunterbietungen der belgischen und amerikanischen Schmierindustrie haben den Kampf um den Absatz noch mehr erschwert.

Verfälschert hat sich während der Berichtsperiode die Lage der Eisen- und Metallindustrie, wo insbesondere der Absatz des Roheisens (trotz Preisrückgang) daniederliegt, der Maschinenindustrie (nur landwirtschaftliche Maschinen fanden einen lebhaften Absatz), der Kleinteilen- und Stahlindustrie (trotz Preisrückgang), Lokomotiv- und Wagonfabrikation, Kraftwagen-, Fahrzeug-, Werkzeugindustrie, optische, Glas-, Tabakindustrie, Bier- und Brauereiwirtschaft, Schiffahrt, Textilindustrie, zum Teil auch die Elektrizitätsindustrie. — **Schlecht** blieb weiter ohne jede Besserung die Lage des Stein- und Braunkohlenbergbaues, der Erzförderung, des Nachtragsgewerbes und der Möbelindustrie. — **Unzureichend** ist das Bild für die Konfektions- und Wäscheindustrie, Barstoff-, Papier-, keramische Industrie (Geschirre- und Luxusporzellan, Tonwarenindustrie). Aus diesen Industriezweigen melden zahlreiche Betriebe eine weitere Verschlechterung, andere wieder eine kleine Belebung.

— Eine etwas verbesserte Lage ergibt sich aus den Meldungen der chemischen Industrie, der Leinenindustrie (Leinwandweberei) und der Textilindustrie, der Textilindustrie (bei steigenden Preisen). Im Baugewerbe werden mancherorts Mietwohnungen gebaut und im allgemeinen mehr Reparaturen ausgeführt. — **Eine Verbesserung des Beschäftigungsgrades** ist zu verzeichnen in Bezug auf einzelne Zweige der Vellebungsin- dustrie (billige Konfektionswaren). In der Textilindustrie war eine Belebung des Beschäftigungsgrades besonders für Wirkwaren, Strümpfe, Tricotagen vorhanden. Die Verbilligung der Baumwolle ist der Beschäftigung der Baumwollspinnereien zugute gekommen. Auch die Belebung des Wollhandels wurde (bei erhöhten Preisen) gemeldet. Im Metallgewerbe machen sich Anzeichen der Besserung geltend. Eine Belebung des Beschäftigungsgrades war in der Leder- sowie in der Lederverarbeitenden Industrie, besonders der Schuhindustrie zu verzeichnen. Die Erhöhung der Hautpreise und der Bedarf an billigem Schuhwerk haben zur Belebung dieser Industriezweige beigetragen. Die Nachrichten über die inländische Getreibeernte lauten trotz der schlechten Witterung befriedigend. Die Beschäftigung der Mühlen war zum Teil gut. Die erhöhten Futtermittelpreise haben den Futtermittelhandel belebt, auch wurde der Weinhandel lebhafter. Der Bierkonsum ist dagegen wesentlich zurückgegangen. Verbessert hat sich die Lage in der Kaliindustrie, wo bereits die Hälfte der normalen Abblatzmenge verkauft wurden, und in der Stickstoffindustrie. In diesem Fall hat die Herabsetzung der Preise die Belebung des Absatzes gefördert.

### Wohin gehört der kaufmännische Angestellte?

Wir werden um Aufnahme folgender Zeilen ersucht: Fragt eure Söhne und Töchter, die den kaufmännischen Beruf gewählt haben, wo sie organisiert sind! Sagt ihnen, daß für sie nur einzig und allein die freigewerkschaftliche Organisation, der Zentralverband der Angestellten in Betracht kommt! Eure Söhne dürfen niemals im Deutschen Nationalen Handlungsgehilfenverband, der die Jugend, statt über die Aufgaben der Gewerkschaften aufzuklären, im Hebungsbanken erzieht, auch nicht im Gewerkschaftsbund der Angestellten organisiert sein. Eure Töchter dürfen nicht im Verband der weiblichen Handels- und Bureauangestellten oder anderen reaktionären Verbänden organisiert sein. Alle diese Verbände sind Anhänger der kapitalistischen Wirtschaftsordnung.

Wer freigewerkschaftlich organisiert ist, forsge dafür, daß seine Kinder sich ebenfalls freigewerkschaftlich organisieren.

Wer diese Worte nicht beherzigt, stärkt die gelben, monarchistischen Verbände. Die kaufmännischen Lehrlinge gehören in die Jugendabteilungen des Zentralverbandes der Angestellten, der einzigen freigewerkschaftlichen Organisation der kaufmännischen und Bureauangestellten.

### Genossenschaftliches.

#### Die Konzentrationsbewegung der Genossenschaften.

Auch die Genossenschaften folgen dem Zuge der Zeit. Der Fortschritt der Konzentrationsbewegung macht sich auch bei ihnen geltend. Die Konsumgenossenschaften haben die schwerste Zeit hinter sich. War schon die Kriegszeit für die Entwicklung der Genossenschaften ungünstig, so wirkte die Inflationszeit geradezu verheerend. Binnen rund zehn Jahren hatten sich in dem 1903 gegründeten Zentralverband der deutschen Konsumvereine weit über 1000 Genossenschaften zusammengefunden mit drei Millionen Mitgliedern und mit einem Umsatz, der sich der Milliarde Goldmark näherte. Während der Inflationszeit haben viele Genossenschaften, unter anderen auch solche, die früher über kräftige Reserven und Betriebsmittel verfügten, durch die fortschreitende Geldentwertung ihre Substanz eingebüßt. Infolge ihres Berufes der Versorgung der Unbemittelten konnte sie die Ausfolgung von Waren nicht ablehnen und verlusten erst zu spät auf der Grundlage des Wiederbeschaffungspreises. Die Stabilisierung der Währung hat nun die wirkliche Lage enthüllt und die Reorganisation der Genossenschaften notwendig gemacht. Eine Anzahl von Genossenschaften ist infolge der geschuldeten Verluste bankrott geworden, andere mühen aufgelöst werden. Die Mehrzahl der Genossenschaften bleibt dennoch gesund, ist aber geschwächt und bedarf der Zusammenlegung der Kräfte und der Anschaffung von Betriebsmitteln. Diese Notwendigkeit führt auch zum Zusammenschluß der Genossenschaften, der in jüngster Zeit nicht nur von den an den Zentralverband, sondern auch den Reichsverband deutscher Konsumvereine angeschlossenen Genossenschaften vorgenommen wurde. Die fusionierten Genossenschaften Barmen-Elberfeld und Welfert gehören dem Zentralverband, Duisburg-Oberhausen dem Reichsverband an. Folgende Vergleichszahlen über die beiden Genossenschaftszentralen verdienen Beachtung. Es betragen:

|  | Konsum- gen. | Mit- glieder | Beschäftigte |
|--|--------------|--------------|--------------|
| Zentralverband deutscher Konsumvereine | 463          | 818 127      | 1942         |
| Reichsverband deutscher Konsumvereine  | 1300         | 3 375 373    | 7983         |
| Insgesamt                              | 1763         | 4 193 500    | 9925         |

Demzufolge gehören dem Zentralverband bei zweieinhalbmaliger Zahl der angeschlossenen Konsumgenossenschaften viereinhalbmal soviel Mitglieder an als dem Reichsverband; der Zug zur Konzentration macht sich auch in dieser Richtung geltend. Daß die Zahl der beschäftigten Personen bei dem Zentralverband achtmal so groß ist als beim Reichsverband, gibt zu dem Bedenken Anlaß, ob hier nicht eine zu große Belastung mit Personalkosten der Genossenschaften vorliegt. Allerdings müßten zur richtigen Beurteilung auch die Umsätze zum Vergleich herangezogen werden; diese Ziffern sind aber nicht vorhanden.

### Wirtschaftliches.

Die Entwicklung der Landwirtschaft. Eine Zusammenstellung im ersten Septemberheft der „Wirtschaft und Statistik“ zeigt, daß die landwirtschaftliche Nutzfläche Deutschlands sich nach der Erhebung Ende Mai 1924 gegenüber dem Vorjahr um 0,6 Proz. vergrößert hat. Tagegen hat sich eine beträchtliche Verschiebung im Anbau der verschiedenen Getreide- und Pflanzenarten vollzogen. Die Flächen für Brotgetreide zeigen eine sehr erhebliche Abnahme infolge der starken Auswinterung des Winterroggens, die deshalb vielfach umgepflanzt werden mußten. Beinahe eine halbe Million Hektar an Winterroggen mußte infolge der Auswinterung umgepflanzt werden, was vor allem dem Anbau von Gerste und Hafer zugute kam, deren Flächen sich gegenüber 1923 um zusammen 300 000 Hektar (17,7 Proz.) vermehrten. Ursprünglich wurde aber auch die Bestellung mit Winterroggen gegenüber dem Vorjahr noch erweitert. Wesentliche Erweiterungen erfuhr der Anbau von Futtergetreide (7,1 Proz.), von Hülsenfrüchten (7,4 Proz.) und von Hackfrüchten (0,6 Proz.). Auch für Kartoffeln und Zuckerrüben ist eine kleine Zunahme vorhanden. Im letzten Friedensjahre war die bebauten Bodenfläche des jetzigen Gebietsumfanges um 3,3 Proz. größer als 1924, die fast ganz auf Verminderung des Ackerlandes, bezw. des Getreidebaues beruht, dessen Flächen um 1,4 Millionen Hektar kleiner geworden sind. Auch hat der Anbau von Futtergetreide, Kartoffeln und Zuckerrüben die Vorkriegsflächen noch nicht erreicht.

## Allmutter!

Von allen Freunden, die ich fand,  
Bist du der treueste mir, Natur;  
Du leitest mich an sicher Hand  
Auf meiner kraus verworrenen Spur.

Und wird es dunkel um mich her,  
Und Menschenwitz ist eitel Schall,  
Dann flücht ich an das ew'ge Meer  
Und in des Waldes heil'gen Raum.

Hier braust der Atem ew'ger Kraft,  
Uralte Weisheit wird mir kund,  
Und was allgegenwärtig schafft,  
Das kündigt vieler Dinge Mund.

Und tut mein Herz den letzten Schlag,  
Erstehle ich aller Hülsen bloß;  
Allmutter du, am letzten Tag  
Rehr ich zurück in deinen Schoß!

(Aus der Gedichtsammlung: „Wir sind jung...“ von Jürgen Brand. 64 Seiten, brosch. 0,35 Mk., Halbleinen 0,70 Mk. Er scheint neu im Arbeiterjugend-Verlag, Lindenstr. 3.)

## Sonntag einst und jetzt.

Fünf Minuten vergleichende Geschichte für die Jugend und Leichtvergeßlichen.

Von Max Ed. Troll.

Ihr Leichtvergeßlichen und ihr jungen Freunde in den Jugendabteilungen unserer Gewerkschaften und in der Arbeiterjugend, ich möchte euch in fünf Minuten davon erzählen, wie es noch vor 16 Jahren in den Betrieben aussah, damit ihr daraus ersehen möget, daß es euch heute doch um manches besser geht.

Weil ich nicht zu großbärtlicher, satter Zureden erziehen kann, denn bis zur Wirklichwerdung unseres sozialistischen Ideals ist ein weiter und mühsamer Weg. Ich will euch nur zeigen, was ein konsequentes, begeistertes Arbeiten, Agitieren im Dienste des Proletariats vermag.

Macht euch einmal aus, was für ein geplagtes Menschenkind so z. B. ein Schlosserlehrling oder ein Kaufmannslehrling noch vor zwanzig Jahren war. Von dem 12- oder gar 14-Stundenarbeitsstag — also von morgens 7 Uhr bis abends 9 Uhr oder gar 10 Uhr unermüdet im Geschäft „schuftet“ — und sich alle Rosenamen gefallen lassen mußten, gar nicht zu reden. Ich will euch vom „Sonntag“ erzählen.

Erbitterte Kämpfe wurden vor etwa 30 Jahren um die Sonntagsruhe in den christlich feindlichen Staaten geführt. Die „Herren Gesh und Meister“ wehrten sich mit Händen und Füßen gegen die Einführung der Sonntagsruhe. „Wir könnten unsere Geschäfte besser gleich zumachen, wenn die Sonntagsruhe eingeführt wird!“

Besonders in den kleinen und mittleren Landstädten waren die Ladengeschäfte von 11 Uhr vormittags bis 4 Uhr nachmittags geöffnet. Die Handwerker bestellten, wenn sie nur wollten, oder wenn sie ihre Gesellen und Lehrlinge nur schützener wollten, diese zum Sonntagsdienst. In den Ladengeschäften mußten besonders die Lehrlinge, Verkäuferinnen, Arbeiterinnen der Modewerke, Arbeiter usw. Sonntag für Sonntag das ganze Jahr hindurch arbeiten. Nur die drei sogenannten hohen Feiertage, an Ostern, Pfingsten und Weihnachten, war an den Sonntagen frei. An den zweiten Feiertagen mußten sie aber wieder in die Fron gehen.

Weißt du, lieber Jugendgenosse, was das bedeutet? Nur drei volle Tage hatten die Jugendlichen von damals im ganzen Jahr. Wo blieben da die sonntäglichen Wanderungen, auf die du dich, Jugendgenosse von heute, die ganze Woche über freust? Die könntest du dir in den Mond schreiben. Wäre es noch wie damals, dann müßtest du jeden Sonntag im Bureau sitzen, der Bäcker- und Metzgerlehrling und Geselle müßte seine Brötchen oder das Fleisch austragen, der Verkäufer müßte noch sein Bistrottschiff und Gries verkaufen usw. Der Schlosserlehrling müßte noch am Sonntag der Frau Meisterin den Gang scheuern oder Botengänge besorgen.

Lieber Jugendgenosse, du hast jetzt wenigstens die Möglichkeit, an den Sonntagen auf Wanderungen zu gehen, die engere Heimat, Wald und Feld, Pflanzen und Tiere, Berge und Täler kennen zu lernen. Kannst wenigstens an den Sonntagen deine Lunge von der Stickluft der Metallpöne, des glühenden Schmelzofens, des staubigen Lebens von frischer Luft ausbläsen lassen. Kannst wenigstens an den Sonntagen vergnügt sein. Stell dir einmal vor, du müßtest das heute auf einmal missen. Und müßtest wie damals Sonntag für Sonntag in der Fremde stehen.

## Soziales.

**Arbeitslosigkeit und Auswanderung.** Die Wirtschaftskrise hat die deutsche Auswanderung in Fluß gebracht; seit 1923 ist ein großes Anwachsen der Auswanderung zu verzeichnen. Sie erreichte im vergangenen Jahr das Fünf- bis Sechsfache der Auswanderung der Vorkriegsjahre. Betrug die Zahl der Auswanderer 1911 gegen 23 000, 1912 18 000, so stieg sie im Jahre 1923 auf 114 000. Auf je 1000 Einwohner entfielen beinahe zwei Auswanderer. Seit der Krisenzeit zu Ende der siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts war die Auswanderung nie so groß wie 1923. Die Zunahme der Auswanderung wirkt besonders stark, wenn die großen Hindernisse der Auswanderung — erhöhte Ausfuhr und kaum erschwärzte Reisekosten — in Betracht gezogen werden. Die große Steigerung der Auswanderung hängt mit der Verschlechterung des Beschäftigungsgrades zusammen, die im Jahre der Ruhrbesetzung, des Marktzusammenbruchs und der darauf folgenden Stabilisierung des Geldwertes erfolgte. Im ersten Quartal 1924 ist gegenüber 1923 ein Rückgang zu verzeichnen, was mit der im Februar erfolgten Verbesserung des Arbeitsmarktes im Zusammenhang stehen dürfte. Trotzdem war die Auswanderung in diesem ersten Quartal so hoch wie 1912 für das ganze Jahr. Die Auswanderung der Land- und Bergarbeiter, die 1923 noch gut beschäftigt beziehungsweise wie die Bergarbeiter des Ruhrgebietes staatlich

und wem dankst du, um nur von der Sonntagsruhe zu reden, den Fortschritt?

Doch nur den früheren Kämpfern auf freigewerkschaftlichem Gebiete.

Darum ist es eine selbstverständliche Erfüllung einer Dankpflicht der Jugend von heute gegenüber jenen Vorkämpfern der Arbeiterfrage, daß du es ihnen gleichst, ohne Gründe anzufragen. Wirb für deine Gewerkschaft in deiner Werkstatt, in deinem Bekanntenkreis. Ein guter Agitator für die Befreiung des Proletariats aus seinen Sklavenschaften, die noch heute mächtig um den Arbeiter geschlungen sind, aber kannst du nur werden, wenn du jede freie Minute, auch deine freien Sonntage im Winter dazu benutzt, um dich fortzubilden, die Geschichte der Arbeiterbewegung in Deutschland, in der Welt, deinen Karl Marx, Lassalle, Bebel, Kautsky zu studieren, damit du mit dem erforderlichen geistigen Rüstzeug die Lagen und Denkfaulen und die mit Phrasen kritierenden mit sachlichen Gründen zu überzeugten Massenagitatoren machen kannst, die allezeit bereit sind, begeistert für die Ideale des Sozialismus ihr Leben herzugeben.

Denk an deine freien Sonntagen immer daran, daß du heute noch an den Sonntagen an der Drehtbank, am Bureau, hinterm Ladentisch stehen müßtest, auch wenn draußen die Sonne ihre schönsten und wärmsten Strahlen niedersendet, auch wenn frischgefallener Schnee zu einer lustigen Rodelpartie lockt, wenn nicht proletarische Vorkämpfer schon vor 20 und mehr Jahren den kleinsten Fortschritt der Arbeiterklasse für ihre Existenz gekämpft hätten.

Lieber Jugendgenosse, du mußt es dir zu deiner Ehre machen, auch ein solcher Vorkämpfer für die kommende Generation zu werden, damit diese es besser hat als du und nicht so der Willkür der Unternehmer ausgeliefert ist, wie du es heute noch bist.

Denn wisse: ohne helle Begeisterung und Aufopferungsfähigkeit jedes Einzelnen für seine Organisation und die von ihr vertretenen Ideale kann die Menschheit nicht aus den Niederungen der kapitalistischen Ausbeutung in das Land der Gemeinschaft geführt werden.

Darum: sei dankbar gegenüber den Vorkämpfern von gestern, ohne ihrem Beispiel nach, werde Kämpfer für heute und Vorkämpfer für das Morgen.

Denn nur stetig fortgesetzter Kampf, frei von kleinlicher Kritik, kann unserer heiligen Sache, der Befreiung der Arbeiterklasse aus den Fesseln des Kapitals, den Sieg bringen.

## Noch ein Kriegsschuldiger.

Von Otto Frik Ranik.

Er sitzt auf keinem der Herrscherthrone Europas, begierig, seine Macht zu erweitern, koste es auch das Blut von Millionen seiner Landskinder. Er trägt keine Generalsuniform und keinen Schleppfädel. Er predigt auch nicht von den Kängeln die Nächstenliebe, um in der nächsten Stunde Mordwaffen zu leihen. Er ist nicht der Herr von Fabriken und Bergwerken, fett und wohlgenährt, während seine Arbeiter in den Kohlengruben zugrunde gehen oder an den Hochöfen schmachten. Er lügt nicht nach neuen Bergwerken und Völkereien, um seinen Profit zu vergrößern, sei es auch auf Kosten der belagerten Proletariat, die Mordwaffen führen, um die Schlachten ihrer Ausbeuter zu schlagen. Er sitzt auch nicht vor den gelbgefüllten Geldschränken einer Großbank, sprunghaft wie ein Tiger, für seine Interessen einen „heiligen“ Krieg zu entfesseln. Er ist auch nicht der nationale „Herrschelb des Bürgertums, der nach dem Schlag an der Sonne für die herrschende Klasse seiner Nation schreit und die Proletariat aller Länder in Nacht und Grauen vegetieren läßt. Nein, dieser Kriegsschuldige steht nicht in der Front der Erbfeinde des Proletariats, steht nicht bei den Königen und Aristokraten, bei den Herrikalen und Kapitalisten, bei den Finanzleuten und Chauvinisten. Dieser Kriegsschuldige steht auch in unseren Reihen; dieser Kriegsschuldige wohnt auch in den Häusern der Proletariat. Dieser Kriegsschuldige lebt in der Brust jedes einzelnen unter uns. Dieser Kriegsschuldige ist der Geist des Krieges, der Geist der Gewalt, der Geist der Brutalität in den meisten Menschen. Und wenn wir in diesen Tagen das traurigste Subtilum begehren, das jemals die leidbeglähete Menschheit begangen hat, wenn wir mit Ingnium und heiligem Born mit all den übrigen Kriegsschuldigen Abrechnung halten, dann wollen wir auch diesen Kriegsschuldigen, den Kriegsschuldigen in unseren Reihen, nicht verschonen.

Der würdige Weltkrieg — nein, jeder Krieg war nur möglich, weil jegliche Achtung vor fremdem Leid geschwunden war, weil die Bestie im Menschen nicht gezähmt, sondern nur gefesselt war. Wie hätte es zum Kriege kommen können, wenn hätten Millionen Menschen, die einander nie gesehen, geschweigt denn ein Leid zugefügt hatten, wie hätten diese Millionen Gatten,

Väter, Söhne und Brüder auf andere Gatten, Väter, Söhne und Brüder losziehen und losstehen können? Wie hätte es zu diesem organisierten Massenmord kommen können, wenn der ebenso schlichte als erhabene Spruch der indischen Philosophie: Tat twam asi — das bist du, allen Menschen ins Blut übergegangen wäre?

„Das bist du.“ Jeder Lebende ist unser Bruder, ist ein Mitmensch! Jeder Mensch klammert sich ans Leben, hat ein Recht auf das Leben, hat ein Recht auf Sonne und Freude, auf Wissen und Schönheit! Und wie darf ich meinem Menschenbruder, der das Leben ebenso liebt wie ich, der leben und froh sein will, das Leben nehmen? Wie darf ich Mörder werden an meinem Bruder? Wie darf ich meinem Bruder das Leben rauben, jenes wunderbare Bewußtsein, an das ich mich selbst mit allen Fasern klammere? Welch Unikum von Brutalität, von Mord, von krassem Egoismus, welche Fülle von Tierheit und Bestialität muß doch in allen „Menschen“ geschlummert haben, die im Kriege ihresgleichen hinschlachteten?

Ihr sprecht vom Zwang? Vom Zwang zum Mord? Was hätte aller Zwang genützt, wenn jene, die man zum Mord rief, einfach zum Mord unfähig gewesen wären? Unfähig doch, ab, weil das Mitleiden, das Mitempfinden, weil die Achtung vor dem anderen Menschenleben so stark in ihnen gelebt hätte, daß schon der bloße Gedanke an die Hinmordung eines Menschenbruders bei ihnen Entsetzen erweckt hätte! Das aber war es: wir hatten dieses Mitleid nicht. Wir hatten diese Achtung nicht. Wir sahen uns selbst nicht in der Gestalt des Bruders. Wir hatten kein Verständnis für das erhabene „Das bist du!“ In uns schlummerte die Bestie. Und als die anderen Kriegsschuldigen, die Kriegsschuldigen außer uns, die Fesseln lösten, mit denen die Bestie gebunden war, da ergriff sie Besitz von unserem ganzen Wesen; da wurden die friedlichen Menschen zu blutigen Mördern.

Kennt ihr ihn nun, den Kriegsschuldigen in unseren Reihen? Bestialität und Unfähigkeit, in jedem Menschen uns selbst zu sehen! Wo aber ist dieser Kriegsschuldige hingekommen? Ist er entronnt gleich den Monarchen der Mittelalters? Ist er des Landes verwiesen? Ist seine Macht zuminsten geschwächt? Ober lauert er noch immer unter uns, bereit, immer wieder auf Kommando loszubrechen und Bruder morden zu begehren?

Freunde und Freundinnen, auch dieser Kriegsschuldige weilt noch unter uns. Wollt ihr seine Frage im Alltag leben? Dort ist ein Gebränge bei der Straßenbahn. Jeder stößt und schlägt mit Ellenbogen und Füßen. Was der andere sehen, wo er bleibt. Die Hauptfrage, daß ich meinen Platz bekomme! Da habt ihr ihn, den Kriegsschuldigen!

Dort ist ein Kind; es hat einen kleinen Fehler begangen. Doch der Vater schlägt es. Er ist der Stärkere, er darf prügeln. Denkt nicht, wie es ihm zumute wäre, wenn ihn ein Stärkerer schlug. Da habt ihr ihn wieder, den Kriegsschuldigen!

In der Bahn sitzt ein junger Arbeiter. Vor ihm steht eine gebrechliche, alte Frau. Der Junge bleibt gemächlich sitzen und sieht nicht, wie weh ihm wäre, wenn er mit seinen Knochen kumpelnd stehen müßte. Da grinst er wieder, der entsetzliche Kriegsschuldige!

Bei dem Fußballmatch brüllt und tobt die Menge. Eine Entscheidung des Schiedsrichters wird angefochten. Und nun sieht man geballte Fäuste, hört rohe Schimpfworte. Merkt ihr die Bestie? Seht ihr den Kriegsschuldigen?

Und wir schimpfen, wir schlagen, wir gehen an fremdem Geld mittellos vorbei, wir denken vor allem an uns und unser Vergnügen, wir rauchen Kindern ins Gesicht, wir trinken und begehren dann Brutalität, wir unterbrücken die Schwächeren — und sehen das fremde Leid nicht! Wir fühlen den Schmerz des Bruders kaum — da habt ihr ihn, da seht ihr ihn überall und allerorten — im Proletariat nicht minder als im Bürgertum — den großen Kriegsschuldigen in unseren Reihen!

Naht ihn fest ins Auge, Kameraden! Sucht ihn überall, Kameradinnen! Und dann auf zum Kampf gegen diesen Kriegsschuldigen! Ringen wir die Bestie in uns nieder, versuchen wir, im Alltagsleben hilfsvolle Menschen zu sein. Röhren wir das Tier in uns! Erziehen wir uns zu tätiger Nächstenliebe — sonst ist alles „Nie wieder Krieg“-Musen vergebens.

Niemand aber ist berufener, den Kampf gegen diesen Kriegsschuldigen aufzunehmen, als die Arbeiterjugend. Der junge Mensch vermag sich noch völlig umzugestalten. Darum, ihr Freunde und Freundinnen: Auf zum erbitterten Kampf gegen den Krieg! Auf zum heftigsten Streit gegen die Kriegsschuldigen! Aber verweist ja nicht über dem Kampf gegen die zahlreichen Kriegsschuldigen außer uns den gefährlichen Kriegsschuldigen in uns. Beide Feinde gilt es zu bezwingen. Dann erst wird es „Nie wieder Krieg“ geben, dann erst wird die Zeit anbrechen, in der die Menschen Wlugscharen schmieden werden aus ihren Schwertern“, dann erst wird der Tag kommen, an dem sich ein unzertrennbar brüderliches Band schlingen wird um alle Menschen dieser wunderbaren Erde.

unterstützt wurden, war prozentmäßig viel geringer als vor dem Krieg, dagegen ist die Auswanderung der Industrie- und Handarbeiter im Verhältnis zur Gesamtzahl der Auswanderer mächtig angewachsen, von 30 Proz. vor dem Krieg auf 40 Proz. Für die Not der geistigen Arbeiter ist die Tatsache bezeichnend, daß die Zahl der Auswanderer der freien Berufe sich im Vergleich zur Vorkriegszeit verdreifacht hat. Im Jahre 1923 sind 4454 Angehörige dieser Berufe ausgewandert.

**Die ungleiche Lastenverteilung.** In den ersten fünf Monaten des laufenden Finanzjahres, das heißt in den Monaten März bis Juli, betrug die Einnahmen des Reiches 2569 Millionen Goldmark. Die Einnahmen aus der Reichsbahn und der Post, die selbständige Verwaltungskörper darstellen, sind nicht eingerechnet. Wie verteilt sich die genannte Summe auf die einzelnen Einnahmequellen? An erster Stelle der Einnahmen steht die Umsatzsteuer, ihr Ertrag war 748 Millionen Goldmark, beinahe 30 Proz. der Gesamteinnahmen. Ihr folgen die Einnahmen aus Zöllen und Verbrauchssteuern mit 489 Millionen Goldmark, und die aus Lohnabgaben mit 467 Millionen Goldmark. Die Transportsteuern brachten 104 Millionen Goldmark. Die letztgenannten Einnahmen machen 42 Proz. der gesamten Einnahmen aus. Die beschlossenen Bevölkerungsschichten haben den größten Teil dieser Einkünfte, die demnach 72 Proz. der Gesamteinnahmen betragen, angebracht. Dieselben haben auch einen Teil der Einkommensteuern, deren Ertrag sich in diesen fünf Monaten auf 341 Millionen Goldmark belief, getragen. Den Warenverkäufern konnte in dieser Periode die Ueberwälzung der Einkommensteuer auf die Verbraucher um so mehr gelingen, als diese in der Form von Umsatzsteuern eingenommen wurde. (Die Einkommensteuer wurde als Vorauszahlung in einem festen Prozentsatz vom Warenumsatz nach Abzug der Gehalts- und Lohnabgaben geleistet.) Die Vermögenssteuer brachte in den fünf Monaten rund 100 Millionen Goldmark, vier Prozent des gesamten Einkommens, die Erbschaftsteuer brachte wenige Millionen Goldmark. Die angeführten Zahlen sind ein bezeichnendes Zeugnis für den unsozialen Charakter der Lastenverteilung.

**Auslese der Arbeiter oder Erleichterung der Arbeit?** In der „Betriebswirtschaftlichen Rundschau“ legt sich Doktor Otto Lippmann, Leiter des Instituts für Psychologie in Berlin, mit der Frage der Auslesemethode, beziehungsweise Eignungsprüfungen, die vor der Einstellung in die Arbeit vorgenommen

werden, auseinander. Er ist kein unbedingter Freund dieser Verfahren. Die Unternehmer sind bereit — meint Lippmann — die aus Amerika importierten, dort aber schon wieder halb ausgegebenen Methoden der Auslese der Geeigneten anzuwenden. Dies ist teils eine Mindermeinung, teils entspricht es der Erwägung, daß die Auslese von Arbeitern, die zur Bedienung der im Gebrauch befindlichen Maschinen geeignet sind, billiger und bequemer sind als die Umstellung, Umgestaltung oder Neubeschaffung von Maschinen derart, daß eine solche Auslese überflüssig ist.

Nicht soll man Menschen ausfindig machen, die durch ihre besonderen körperlichen und geistigen Eigenschaften zur Bedienung einer solche Anforderungen stellenden Maschine oder Arbeitsmethode geeignet sind, sondern man soll die Maschine und Arbeitsmethoden an die allgemeinen Eigenschaften der körperlichen und geistigen Eigenschaften der Menschen, die an ihnen oder mit ihnen arbeiten sollen, anpassen. Gruppen, Geschlecht, auch nationale und Rassenunterschiede können freilich beachtet werden; so muß der hochwertige englische Arbeiter anderer Arbeitsmethoden anwenden als der indische; oder es sind zum Beispiel die Schreibmaschinen, da sie zumeist von Frauen bedient werden, an die kleinere und schwächere Frauenhand anzupassen. Es kommt nicht auf die Auslese, sondern auf geeignete Umlern- und Ausbildungsmethoden an, mit denen die Arbeiter nach ihrer Einstellung erzogen werden. Die wirkliche Auslese findet nicht vor dem Eintritt, sondern innerhalb des Betriebes statt.

## Von der Keramikindustrie.

**Typisierung in den Vereinigten Staaten.** Die „Keramos“ berichtet, wurden in der feinerkeramischen Industrie der Vereinigten Staaten im Laufe des Jahres folgende Vereinfachungen durchgeführt: Hotelporzellan von 700 Artikeln auf 160 reduziert; Milchflaschen von 49 auf 9 Arten.

**Deutschland verdrängt.** In einem Bericht des „Keramos“ aus „The Pottery Gazette“ heißt es: Während vor dem Kriege Deutschland den weitestgehenden Anteil an der Herstellung Kanadas mit elektrotechnischem Porzellan hatte, liefern heute den größten Teil die Vereinigten Staaten und einheimische Fabrikan. Japan scheidet auf diesem Gebiete ganz aus. — Es muß darauf geachtet werden, daß für Hochspannungsisolatoren

zur hochgebranntes, also stark gefintertes Porzellan, meist mit brauner Glasur, Verwendung findet.

**Nach schlechte Beschäftigungslage in England.** Die Beschäftigung in den feinkeramischen Industrien Englands wird noch als mäßig bezeichnet. Von 11 174 Beschäftigten waren 2101 im Durchschnitt 17 Stunden weniger als die volle Arbeitszeit beschäftigt. Einige Distrikte waren gut, andere weniger gut beschäftigt.

**Im der Porzellanindustrie der Vereinigten Staaten war Deutschland in den zwölf Monaten, endend mit Mai 1924, mit 41 Prozent beteiligt.** Der Wert der eingeführten Produkte betrug nach amtlichen Veröffentlichungen 8 652 032 Doll. Japan stand mit 40,8 Proz. und 3 621 456 Doll. Wert hinter Deutschland. An Steingutwaren wurden von Deutschland für 388 087 Doll. eingeführt, während England mit 3 148 584 Doll. an der Einfuhr beteiligt war.

**Vereinbarung.** Zwischen dem Verband der Porzellan- und Steingutfabrikanten in den Vereinigten Staaten und der nationalen Gewerkschaft der Porzellanarbeiter kam ein Tarifabschluss für 2 Jahre zustande.

### Verbindlich erklärt.

Der Reichsarbeitsminister.  
III C 5900.

In der Tarifstreitfrage zwischen dem Arbeitgeberverband der Deutschen feinkeramischen Industrie und dem Verband der Porzellan- und verw. Arbeiter und Arbeiterinnen, dem Berufsverband der Deutschen Keramarbeiter, dem Verband der Lithographen und Steinrunder, dem Zentralverband der Maschinenisten und Heizer, dem Deutschen Verkehrsbund, dem Gewerksverein der Fabrik- und Handarbeiter (S. D.), dem Deutschen Metallarbeiter-Verband wird der Schiedspruch vom 19. September 1924, der unter dem Vorsitz eines vom Reichsarbeitsministerium bestellten Schlichters gefaßt worden ist, gemäß Art. I § 6 der Schlichtungsordnung vom 30. Oktober 1923 für verbindlich erklärt und zwar mit der Maßgabe, daß das Abkommen erstmalig zum 31. Dezember 1924 gekündigt werden kann (vergl. Biffer 6 des Schiedspruchs).

Durch die im Schiedspruch vorgeschlagene Regelung der Arbeitszeit wird das schon bisher zwischen den Parteien geltende Arbeitszeitabkommen verlängert. Außerdem sieht der Schiedspruch Verbesserungen zugunsten der Arbeitnehmer vor.

Der Schiedspruch entspricht nach Lage der gesamten Verhältnisse der Billigkeit. Da in der Nachverhandlung am 1. Oktober 1924 im Reichsarbeitsministerium eine Verständigung der Parteien nicht zu erreichen war, die Herstellung eines vertraglichen Zustandes in der Arbeitszeitfrage aber aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen dringend erforderlich ist, mußte im Interesse der Allgemeinheit die Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches ausgesprochen werden.

Die Parteien haben der Abänderung des Schiedspruches zugestimmt.

Im Auftrage: gez. Dr. Meves.

Der Reichsarbeitsminister.  
III C 5900.

Berlin, den 3. Oktober 1924.

Betrifft: Schiedspruch vom 19. September 1924 im Tarifstreit der feinkeramischen Industrie.

Durch die Verbindlichkeitsklärung ist der von uns abgelehnte Schiedspruch gegen unseren Willen Vertrag geworden. Das Reichsarbeitsministerium hat jedoch auf unser Drängen die erste Ablaufmöglichkeit bereits auf den 31. Dezember 1924 gesetzt. Unsere Mitglieder sind infolgedessen gezwungen, bei Anordnung bis sechs zuschlagsfreie Ueberstunden pro Woche zu verrichten. Selbstverständlich ist, daß alle im Schiedspruch vorgesehenen Hemmnisse zur Vermeidung von unbillig geordneten Ueberstunden in Anwendung kommen. Ganz besondere Beachtung ist auch der Empfehlung des Schiedsgerichts an die Arbeitgeber zu widmen. Wir bringen deshalb diese Empfehlung hier nochmals zum Ausdruck.

In Abschrift an den Verband der Porzellan- und verw. Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands in Charlottenburg zur Kenntnisnahme mit dem Bemerkung, daß das Schiedsgericht den Arbeitgebern dringend empfiehlt, vor der Anordnung von Mehrarbeit, soweit dies mit der wirtschaftlichen Betriebsführung vereinbar ist, zunächst diejenigen Arbeitnehmer wieder einzustellen, die in den vergangenen Monaten wegen Mangel an Arbeit aus den betreffenden Betrieben zur Entlassung gekommen sind.

Beimar, den 29. September 1924.

Der Schlichter des Schlichterbezirks Thüringen.  
gez.: Dr. Hauchild.

### Streik in der tschechoslowakischen Porzellanindustrie.

In der tschechoslowakischen Porzellanindustrie scheiterten die Lohn- und Vertragsverhandlungen am 22. und 30. September, weil die Vertreter der Arbeitgeber dort erklärten, zu einer generellen Erhöhung der Löhne von ihrer Vollversammlung keinerlei Vollmacht zu haben.

Der Vorsitzendstellvertreter des Arbeitgeberverbandes erklärte den Delegierten der Arbeiterschaft ganz trocken, daß eine allgemeine Lohnerhöhung auch dann nicht gegeben werden könne, wenn der Nachweis der steigenden Inbeziffern als erbracht angesehen werden müßte. Die Arbeitgeber seien bereit, ihr letztes Angebot auf Erhöhung der Mindestdurchschnittsverdienste für Affordolher und Erhöhung der Stundenlöhne, sowie Wiedereinführung der Arbeitslosenunterstützungssaktion aufrechtzuerhalten und bleiben mit diesem Angebot bis 11. Oktober l. J. im Wort.

Dieses Angebot mußte von den Delegierten der Arbeiterschaft schon deshalb abgelehnt werden, weil der überwiegend größte Teil der Keramarbeiter bei dessen Annahme überhaupt keine Erhöhung ihrer Löhne erfahren hätte. Eine Durchrechnung des Unternehmervertrages hat ergeben, daß bei einer ganzen Reihe von Kategorien, hat einer Erhöhung, eine ganz bedeutende Herabsetzung der Mindeststundenlohnjahre eingetreten wäre.

Alle Bemühungen der Delegierten der Arbeiterschaft, die Vertreter der Arbeitgeber zu einem anderen Standpunkte zu bewegen, waren erfolglos und es blieb nichts anderes übrig, als die Verhandlungen resultatlos abzubrechen. Die Arbeiter schickten sofort eine Delegation nach Prag, um die Forderungen der Arbeiter durch die Porzellanindustriellen zur Abweilung gelangen zu lassen. In den Reihen der Arbeiterschaft eine starke Erbitterung hervorgerufen, für deren Folgen die Unternehmer allein verantwortlich sind.

Darüber hinaus zu Beginn des Oktober die Porzellanarbeiter in Reichenhöfen, Rich, Birkenhammer, Neuzoblan, Bohemia A. G., Mähara, Firma Anoll, Dallwitz, Firma „Epiag“, die Betriebe in Altroschlan, mit Ausnahme von Feisch & Waldmann, die Fabriken Richter, Jreall und Gahn, sowie Haas & Geijzel in Gohdan, A. S. Wagner in Bojatzau, H. Kempf in Grunau, Porzellan-Union in Klosterle und Deutsche Porzellanfabrik, ebender, und Bich in Eichwald in den Streik.

Gegenwärtig sind 8000 Arbeiter und Arbeiterinnen am Kampf beteiligt.  
Selbst Bezug fern!

### Aus unserem Beruf.

**Ertrag.** Die Firma Gustav Krüger in Ertrich ließ ihre Steingutabteilung eingehen und macht nur noch Tonwaren. Die Zahlstellenverwaltung sieht sich deshalb veranlaßt, vor Bezug nach Ertrich zu warnen.

**Hennigsdorf.** Die Betriebsleitung der A. E. G., Porzellanfabrik Hennigsdorf (Betriebsführung Rosenhal) beschäftigt, den Betrieb stillzulegen. Die behördliche Erlaubnis dazu wurde schon eingeholt; als Termin ist vorläufig der 21. Oktober in Aussicht genommen. Da es sich wahrscheinlich wie auch bei anderen Stilllegungen der elektrischen Porzellanindustrie um Maßnahmen gegen die Welegschaft (Wohnrezubierung, Verlängerung der Arbeitszeit, Nichtwiedereinstellung der Vertrauensleute) handelt, wird die Kollegenchaft im Reich darauf verwiesen und gebeten, bei Wiedereröffnung des Betriebes die Firma nicht etwa mit Arbeitsgesuchen von auswärts zu belästigen.

**Die Verwaltung der Zahlstelle Hennigsdorf.**

**Plankenhammer.** (Berichtigung.) Zu dem Artikel aus Nr. 89 vom 27. September 1924, Urlaubsgeld betreffend, ist folgendes richtig zu stellen: Unwahr ist, daß sich nach dem Streik Geschirrräufen auf dem Ausschubboden der Porzellanfabrik Plankenhammer anammelten. Unwahr ist, daß Porzellan oder Kohle vom Direktor oder von einem Beauftragten des Fabrikanten für das Urlaubsgeld angeboten wurden. Unwahr ist, daß jemand darauf hingewiesen hat, daß man von Porzellan und Kohle während der Urlaubszeit nicht leben könne. Wahr ist, daß im Dezember 1923, im Einverständnis mit dem Betriebsrat, Bonus über Beträge von 1 Mk., 2 Mk. und 5 Mk. lautend, teilweise für die Urlaubszeit ausgegeben wurden, die in bar eingekauft oder als Zahlungsmittel für bezogenes Porzellan oder Kohle verwendet werden konnten. Das gleiche Verfahren wurde auch im Juli 1924 eingeschlagen. Wahr ist, daß gegen diese Maßnahme keinerlei Beschwerde vorgebracht wurde. Wahr ist, daß wiederholt darauf hingewiesen wurde, daß Geschirre an dritte Personen nicht veräußert werden dürfe, und daß wiederholt die Geschirrabgabe bei Verlust gegen diese Befamntmachung gesperrt wurde. Unwahr ist, daß die Direktion vom Arbeitgeberverband eine Anweisung erhalten hat.

**Porzellanfabrik Plankenhammer.**

„Betriebsstilllegung und Arbeitsstreckung“ in Nr. 40 der „Ameise“ enthielt einen Druckfehler, der dahin berichtigt wird, daß es im 8. Absatz nicht § 28, Biffer 2, sondern § 78, Biffer 2 heißen muß.

### Veranstaltungsberichte.

**Frankfurt a. D.** Am 23. September konnte unsere Zahlstelle auf ein fünfzehnjähriges Bestehen zurückblicken. Aus diesem Anlaß hatte sich am Sonnabend, den 27. September, in dem freundlichen Bellevueaal eine festlich gestimmte Menge eingefunden. Alte, in der Arbeit grau gewordene Kolleginnen und Kollegen, junge, die kaum den Ernst des Lebens erahnen, kamen, um den 15. Geburtstag der Zahlstelle mitzufeiern. Auf allen Gesichtern stand frohe Erwartung. Hatte doch Verwaltung und Festausschuß eine würdige Feier, einen gesehnten Abend, versprochen. Auf der mit der alten Porzellanfahne von 1840 und den Reichsfarben Schwarz-Rot-Gold geschmückten Bühne eröffneten die den heutigen Arbeitergesangvereinen angehörenden Kollegen die Reihe der Darbietungen. Wundrig klangen die Altmännchen Chöre „Ich warte dein“ und „Du ferne Land“, reichen Beifall auslösend. Ein feinerer von der Kollegin Vary stimmungswohl vortragener Prolog dürfte keine Wirkung nicht verfehlt haben. Sodann ergriff der Vorsitzende, Kollege Thun, einer der Mitbegründer unserer Zahlstelle, zu einer kurzen Ansprache das Wort. Den 15. Geburtstag feiern, heißt zurückblicken können auf fünfzehnjährige Tätigkeit. Aus kleinen Anfängen heraus hat sich die Zahlstelle trotz mancher Widerwärtigkeiten zu dem heutigen Stande emporgearbeitet. Besonders Anerkennung verdienen sich die Kollegen Apel und Ulrich, die auch während der Mißere des Weltkrieges den Verbandsgedanken hoch hielten. Möge die Zahlstelle auch weiterhin in bisheriger Sinne arbeiten. Als Festredner war der Genosse Kenning in der Hauptvorstand erschienen. In eindringlichen Worten schilberte er, wie der Verband um seine Anerkennung hat ringen müssen. Große Erfolge für die Arbeiterschaft sind die Früchte schwerer Kämpfe mit dem Unternehmertum. Wenn wir auch augenblicklich Boden verloren haben, so darf doch unter keinen Umständen Gleichgültigkeit bei den Verbandskollegen Platz greifen. Halte den Verbanne die Treue und unser aller Ziel, daß auch der Arbeiter Mensch ist und ein menschenwürdiges Leben verlangen kann, wird sich erkämpfen lassen. Redner übertrug die dann der Zahlstelle, sowie den Gründern, Kollegen Thun und Schulz, die herzlichsten Glückwünsche des Hauptvorstandes. Nachdem dann noch die Vieder „Sterneracht“ und „Antrene“ zu Gehör gebracht waren, begann der heitere Teil des Abends. Komische Vorträge, Preisräubchen, Verlosung, zu der die Firma Th. Baetsch in anerkannter Weise Geschirre gespendet hatte, und Tanz hielten die Festteilnehmer noch bis zum frühen Morgen beisammen. Einmal die Sorgen des Alltags vergessen, einmal wieder Treue zum Verband gelobt, so wird allen diese schöne Feier in dauernder Erinnerung bleiben.

### Literarisches.

„Die internationale Sozialgehegung“. Von J. Dubegeest. (J. G. D.) Eben ist eine circa 100 Seiten starke Broschüre über die neuen Tendenzen der Sozialgehegung erschienen, die den Sekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes J. Dubegeest zum Verfasser hat. Die Schrift ist hauptsächlich für ein internationales Publikum bestimmt. Der Verfasser legt vor allem dar, wie eine Sozialgehegung, die den Forderungen der Arbeiterklasse in der Nachkriegszeit entsprechen soll, beschaffen sein muß. Es genügt nicht, daß die reaktionären Magnaymen der Unternehmer und Regierungen abgewehrt werden, sondern es muß gleichzeitig mit dem Aufgebot aller Kräfte für den Ausbau der Sozialgehegung Sorge getragen werden. Die Schrift beschäftigt sich ferner in ausführlicher Weise mit dem Verhältnis und Verammlungsrecht, dem Achtungsbereich der Maßnahmen für die Sozialversicherung und dem Mitbestimmungsrecht. Der Broschüre sind Berichte aus dem Stand der Sozialgehegung nach dem Kriege beigelegt. Diese Publikation erscheint auch in französischer, englischer und holländischer Sprache. Der Preis der deutschen Ausgabe beträgt 2 Mk. Zeitungen nimmt entgegen: Verlagsgesellschaft des ADGB, Fintelstr. 6, Berlin S. 14.

**Die Organisationen der Unternehmer.** Von Dr. Otto Eubr. Verlag: Zentralverband der Angestellten, Berlin. Broschüre 48 Seiten. Preis 1,20 Mk. Nachlieferung für die Mitglieder der Arbeiterorganisationen durch die Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Sortimentsabteilung, Berlin S. 14, zum Organisationspreis von 70 Pf.

### Befamntmachung.

Folgende Mitglieder wurden nach § 3, Biffer 3 des Verbandsstatuts aus dem Verbanne ausgeschlossen:  
Richard Ganisch, Mitgliedsnummer 33 556, Zahlstelle Annaburg.  
Albin Vogel, Mitgliedsnummer 89 500, Zahlstelle Waldburg i. Schl.  
Der Verbandsvorstand.

### Adressenänderungen.

Stadtlengsfeld. Schriftföhrer: Ernst Lang, Blauarbeiter.

### Schilbermaler Berlin!

Die Branchenleitung der Berliner Schilbermaler beschäftigt, in diesem Winterhalbjahr einen Kunstschirrfestzug abzuhalten. Der Kollege Kersten, der vor dem Kriege einen berartigen Festzug arrangiert hatte, ist auch diesmal bereit, das Arrangement zu übernehmen. Es ist ein namhafter Künstler für Reklamewesen und -schriften als Vortragender und Lehrer gewonnen worden, und ist zu erwarten, daß die Kollegen, die an dem Festzug teilnehmen, sich in ihrer Fachausbildung wesentlich vervollkommen und zu künstlerischem Schaffen fortbilden. Die Unterrichtsgebühr ist bei reger Beteiligung eine geringe; deshalb bitten wir die Kollegen, recht zahlreich daran teilzunehmen und sich in der nächsten Branchenversammlung am Dienstag, den 14. Oktober, abends 8 Uhr, bei Wollschläger, Adalbertstr. 21, zu melden. Dasselbst wird auch alles Nähere besprochen werden.  
Die Branchenleitung.

### Veranstaltungs-Anzeigen.

**Berlin - Charlottenburg.** Zahlstellenversammlung Mittwoch, den 15. Oktober, abends 7 Uhr, in der Staatl. Porzellanmanufaktur, Charlottenburg, Wegelstraße. Tagesordnung: Warum kündigen die Unternehmer den Mantelstarif in der feinkeramischen Industrie? Referent: Kollege Karl Schilbermaler. Branchenversammlung Dienstag, den 14. Oktober, 5 Uhr, bei Wollschläger, Adalbertstr. 21.

### † Sterbetafel †

**Coburg.** Hermann Fleischhauer, Maler, geboren am 7. 9. 1864, gestorben an Schlaganfall. Organisiert seit 1919. — Anna Schlag, Baderin, geboren am 13. 8. 1877, gestorben an Unterleibsfrankheit. Organisiert seit 1920.  
Ehre ihrem Andenken!

### Quittung.

Für die kranken Kollegen Berthold Müller, August Müller und Cornelius Kühnlenz gingen noch ein von der Zahlstelle Colbitz 6.— Mk. Bereits quittiert 140.— Mk.; zusammen 146.— Mk. Nochmals allen Gebern besten Dank.  
Zahlstelle Gräfenthal. Louis Ellmer.

Für den Aufruf in Nr. 34 der „Ameise“ sind folgende Beträge eingegangen: Mohlau 12.—; Kahla, Urzberg je 10.—; Elsterwerda Hennigsdorf, Magdeburg, Plau, Schönwald, Stadtlengsfeld, Lettow, Tiefenfurt je 6.—; Margarethenhütte 5.—; Freital, Rauenstein je 4.—; Schwandorf, Spanbau je 3.— Mk. Summa: 99.— Mk.  
Die Mitglieder Bertha Hoffmann und Max Hübn, sowie die Zahlstelle gestatten sich, allen, die ihr Scherlein mit beigekennert haben, ihren Dank auszusprechen.  
Zahlstelle Hermsdorf, Thür. J. A.: W. Martin.

Für den Kollegen Seibemann gingen ein: Annaburg, Colbitz, Freital, Rauenstein, Steinbad je 2.—; Berlin N., Berlin S., Drielen-Vordamm, Elsterwerda, Magdeburg, Plau, Tiefenfurt, Lettow, Stadtlengsfeld je 3.—; Schönwald 4.— und Urzberg 5.— Mk. Summa 48.— Mk. Für die Spenden dankt Seibemann.  
J. A.: Ernst Stolze, Köln-Draunsfeld, Widderdorsferstr. 200.

### Geschäfts-Anzeigen.

Differiere: Prima Benghafi Hyrocasschwämme, groß und mittel, das Stk. 0.— bis 150.— Goldmarkt; billige Hyrocassa, in allen Größen, das Stk. 24.— G. M., kleine u. mittlere Levanit: Masur- u. Garnierungschwämme, d. Stk. 50.— G. M., feine, größere Levanit, das Stk. 80.— bis 150.— G. M., edle große prima Levanit, „Elefantenthor“, das Stk. 2—300 G. M., faultrohe, weiche prima Reef (auch f. Druckereien geeignet), das Stk. 60.— G. M., Reef od. Harbeabschwämme, fort. Größen, d. Stk. 35.— G. M., Pferdebeschwämme, faust- bis kopfgroß, p. Stk. 1.— b. 5.— G. M., Zahlungsbeding. n. Vereinbar.  
H. Michels, Schwammgroßhandlung, Berlin S. 25, Prenzlauerstr. 42.

### Arbeitsmarkt.

### Erster Stanzer,

wegen Wohnungsmangel möglichst ledig, mit vieljähriger praktischer Tätigkeit, reichen Erfahrungen in der elektrotechn. Porzellanbranche, hauptsächlich aber im Matrizen einsparen, welcher die Fähigkeiten besitzt, Leute anzulernen, sowie auch das Stanzerpersonal zu beaufsichtigen und zu leiten, wird gegen festen Wochenlohn von kleinerer elektrotechn. Porzellanfabrik zum baldmöglichsten Antritt gesucht.

Differieren mit genauen Angaben bisheriger Tätigkeit und Lohnansprüchen unter „174“ an die „Ameise“ erbeten.

Gesucht tüchtiger selbständiger

— Brenner —

für eine Elektro-Porzellanfabrik. Angebote nimmt „Die Ameise“ unter „173“ entgegen.

Zuverlässiger, in allen vorkommenden Arbeiten perfekt

### Schablonenspritzer

für sofort gesucht. (108b)

Großherzog. Keramische Manufaktur G. m. b. H. Darmstadt.

### 1 Schablonenschneider

per sofort verlangt. (170b)

Steingutfabrik Belten-Vordamm G. m. b. H. Belten b. Berlin.

Perfekter (171)

### Fondsprüber

zum sofortigen Antritt gesucht. Angeb. unter Angabe der bisherigen Tätigkeit an Zebener Porzellanfabrik

C. & E. Carstens Zeven, Bez. Bremen.

Kollegen! Sorgt dafür, daß die von der organisierten Arbeiterchaft ins Leben gerufene

### Volkstürloge

liberal eingeführt wird. Meldet Euch bei derselben als Mitarbeiter und fordert weitere Auskünfte.

Herausgegeben vom Verband der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen. — Red.: Edwin Kenning, Charlottenburg, Brahestraße, Neubau. — Verlag: Wilhelm Herden, Charlottenburg, Brahestraße, Neubau. Druck: C. Janiszewski, Berlin S. D., Fißelbäckerstr. 28/29.